

**Stellungnahme vom
Familienbund der Katholiken
Landesverband Bayern
gegen den Bundes-Reformentwurf zur
Abtreibungsregelung**

Landesverband Bayern

Postfach 33 03 60
80063 München

Schrammerstraße 3
80333 München

Tel.: 089 / 2137-77 202
Mobil: 0151 5251 3773

gerlindemartin@gmx.net

www.familienbund-bayern.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht/E-Mail

Unser Zeichen, unsere Nachricht/E-Mail

Datum

Az. PM FDK LV §218

28.01.2025

**Stellungnahme vom Familienbund der Katholiken Landesverband Bayern e.V.
gegen den Reformentwurf zur Abtreibungsregelung**

München, 28.01.2025 – Der Familienbund der Katholiken, Landesverband Bayern, spricht sich deutlich gegen die aktuelle Bundesgesetzesinitiative zum Reformentwurf §218 StGB aus. Das neue Gesetz würde Schwangerschaftsabbrüche in den ersten 12 Wochen einer Schwangerschaft grundsätzlich rechtmäßig stellen. Die Wartezeit bei der Beratungspflicht von drei Tagen bis zur Abtreibung solle entfallen. Die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs sollen künftig von den Krankenkassen, also von allen Beitragszahlern, übernommen werden.

Im Urteil zur Abtreibungsregelung hatte das Bundesverfassungsgericht 1993 klare Worte gefunden: **Der Staat sei verpflichtet, "menschliches Leben, auch das ungeborene zu schützen"**. Der Schwangerschaftsabbruch müsse "für die ganze Dauer der Schwangerschaft grundsätzlich als Unrecht angesehen und demgemäß rechtlich verboten sein". Ohne medizinischen oder kriminologischen Grund dürften die Abbrüche "nicht für gerechtfertigt erklärt werden". Es sei aber möglich, dass Frauen in den ersten zwölf Wochen nicht bestraft werden, wenn sie eine Beratung in Anspruch nehmen. **Somit ist es nach der aktuellen Rechtsprechung keiner Frau verwehrt, eine Abtreibung durchführen zu lassen.**

Neben kirchlichen Verbänden haben sich nun auch verschiedene **Ärzte** in einem öffentlichen Brief **gegen den Reformentwurf ausgesprochen und richteten einen dringenden Appell an die Parlamentarier, diesem nicht zuzustimmen**. Unter den Unterzeichnern sind nach eigenen Angaben auch Ärzte, die selbst Abtreibungen vornehmen.

„Nach christlichem Menschenbild, ist die Ansicht, menschliches Leben erst ab der Geburt unter den Schutz der Menschenwürde zu stellen, auch der Schwangeren gegenüber unwürdig, lebensfeindlich und ethisch höchst problematisch. **„Entschieden wenden wir uns an die Verantwortlichen, sich dieser Sichtweise mit allen Möglichkeiten entgegenzustellen,**“ so die Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken in Bayern, Gerlinde Martin.

„Bei den erneuten Diskussionen zu diesem Thema werden leider weiterhin **Tabuthemen nicht angesprochen**. Frauen leiden oft stark und lange unter den psychischen Folgen eines Abbruchs und dies nicht wegen eines Gesetzes, sondern aus moralisch-ethischen Gründen, was zutiefst menschlich ist. Dass viele Frauen nicht frei über das Ja oder Nein zu einem Kind entscheiden können, sondern oft zur Abtreibung gezwungen werden, wird ebenfalls viel zu selten thematisiert,“ verdeutlicht Gerlinde Martin.

Dies alles unterstreicht die Notwendigkeit einer Wartezeit zwischen Beratungspflicht und Abtreibung, um solch eine schwerwiegende Willenserklärung möglichst frei entscheiden zu können. Denn dazu braucht es unbedingt eine Bedenkzeit, um in einem eventuellen Schockzustand nicht eine voreilige Entscheidung zu treffen, die später bereut wird.

Wir fordern die Politik auf, sich gemeinsam mit seriösen Verbänden, kirchlichen Vertretern, Ethikern, Medizinern und den Medien, dieser Thematik zum wiederholten Male angemessen und vor allem in einer differenzierten Debatte, (die sowohl die Hilfe für die schwangere Frau als auch das werdende Leben im Blick hat) auseinanderzusetzen.

„Ein Gesetz mit solch weitreichenden Folgen für die Gesellschaft im Schnellverfahren in der letzten Sitzungswoche beschließen zu wollen, ohne jeglichen öffentlichen Diskurs und ohne Anhörung der Verbände ist unverantwortlich und politisch unseriös. Zudem ist es unbegreiflich, dass parteiübergreifend das Bestehende und seinerzeit hart Errungene in Frage gestellt wird und somit eine weitere Spaltung innerhalb der Gesellschaft in Kauf genommen wird. **Wer sich mit der Thematik länger und differenziert befasst erkennt keinerlei Handlungsbedarf,“ betont Gerlinde Martin.**

Gerlinde Martin,

Landesvorsitzende FDK Bayern

Der Familienbund der Katholiken in Bayern ist die Interessengemeinschaft zur Vertretung und Koordinierung familienbezogener Anliegen in Kirche, Staat, Gesellschaft und Politik. Er besteht aus Diözesan- und Mitgliedsverbänden. Der Familienbund setzt sich nach christlichen Wertvorstellungen für die Verbesserung familienpolitischer Rahmenbedingungen ein.